

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVIII/132
13. Juli 1973

Ein Jahr Betriebsverfassungsgesetz

Fazit der Erfahrungen, Lehren und Forderungen

Von Hans Urbaniak MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit
und Soziales

Seite 1 und 2 / 62 Zeilen

Koalition der Vernunft mit praktizierender
Christen

Zur Gründung eines "Gesprächskreises Kirche
und SPD" in Bayern

Von Dr. Dieter Haack

SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär

Seite 3 / 41 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Not konkret: Die Dürre im Sahel

Seite 4 und 5 / 100 Zeilen

Ein Jahr Betriebsverfassungsgesetz

Fazit der Erfahrungen, Lehren und Forderungen

Von Hans Urbaniak MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales

Vor gut einem Jahr ist das neue Betriebsverfassungsgesetz in Kraft getreten. Diese Zeit ist sicherlich zu kurz, um bereits endgültige Schlußfolgerungen aus der praktischen Anwendung dieses Gesetzes ziehen zu können. Doch eine vorläufige Bilanz scheint angebracht.

Die Kontroversen um das Betriebsverfassungsgesetz haben auch nach dem Inkrafttreten des Gesetzes nicht nachgelassen. In den Betrieben und vor den Arbeitsgerichten wird die Auseinandersetzung um die Auslegung des Gesetzes fortgesetzt. So haben erst vor kurzem vier Unternehmen in einer gemeinsamen Verfassungsbeschwerdeschrift rund 70 Paragraphen, Absätze oder Ziffern des neuen Betriebsverfassungsgesetzes als verfassungswidrig bezeichnet. Nicht weniger als zwölf Artikel des Grundgesetzes seien verletzt worden, meinen die Verfasser.

Nun: Man erinnert sich, daß die Arbeitgeber ihren Frieden mit dem Betriebsverfassungsgesetz aus dem Jahre 1952 eigentlich erst zu einem Zeitpunkt gemacht haben, als die neue Lex schon in Vorbereitung war. Offensichtlich fällt es einigen Arbeitgebern schwer, mehr Demokratie in ihren Betrieben zu wagen. Hier sind die Betriebsräte und Gewerkschaften aufgerufen, sich dafür einzusetzen, daß die Arbeitnehmer in allen Betrieben das neue Betriebsverfassungsgesetz für sich in Anspruch nehmen können. Auch in kleineren und mittleren Betrieben muß es das Bemühen sein, die Wahlen von Betriebsräten durchzusetzen.

Nach einem Jahr Praxis mit dem neuen Gesetz kann jedenfalls festgehalten werden, daß die Betriebsräte und Gewerkschaften einen erheblich erweiterten Handlungsspielraum erhalten haben. Große Bereiche der betrieblichen Wirklichkeit wurden der Mitwirkung und

Mitbestimmung des Betriebsrates eröffnet. Ich weise hier nur auf die Gestaltung von Arbeitsplatz, Arbeitsablauf und Arbeitsumgebung sowie auf die Personalplanung hin.

Das Ziel des Gesetzes: mehr Demokratie in den Betrieben, mehr Humanität im Arbeitsleben, mehr Freiheit für den einzelnen Arbeitnehmer und mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, ist eine ständige Aufgabe der Betriebsräte und Gewerkschaften. So verstanden ist und bleibt das Betriebsverfassungsgesetz Ausdruck des Verfassungsauftrages, wonach unser Land ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat sein soll.

Ein Jahr Praxis mit dem Betriebsverfassungsgesetz sollte uns aber auch an die Tatsache erinnern, daß das drängendste Problem unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch das neue Betriebsverfassungsgesetz weder gelöst noch angepackt worden ist: die Mitbestimmung. In der Debatte des Deutschen Bundestages vom 10. November 1971 hatte der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Arendt, erklärt: "Eine funktionsfähige Betriebsverfassung, so notwendig und erstrebenswert sie ist, bleibt auf die Dauer nur eine teilweise Lösung dessen, was mit Mitbestimmung gemeint und ausgedrückt wird. Sie muß ergänzt werden durch eine gleichberechtigte und gleichgewichtige Teilnahme der Arbeitnehmer an den Unternehmensentscheidungen und an der Verantwortung dieser Entscheidung."

Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 eine Weiterentwicklung des Unternehmensrechts im Sinne der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in dieser Legislaturperiode angekündigt. Ein Jahr Praxis mit dem Betriebsverfassungsgesetz sollte ein Ansporn sein, die Reform des Unternehmensverfassungsrechts jetzt zügig in Angriff zu nehmen. Dabei gehen wir unverändert aus vom Grundgesetz der Gleichberechtigung und Gleichgewichtigkeit von Arbeitnehmern und Anteilseignern. War das Betriebsverfassungsgesetz eine Säule unseres Gleichberechtigungskonzepts, so ist die paritätische Mitbestimmung die zweite Säule.

(-/13.7.1973/bgy/ja/hh)

+ + +

Koalition der Vernunft mit praktizierenden Christen

Zur Gründung eines "Gesprächskreises Kirche und SPD" in Bayern

Von Dr. Dieter Haack

SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär

Vor einigen Jahren noch wäre es undenkbar gewesen, daß Sozialdemokraten und evangelische Christen im konservativen mittelfränkischen Ansbach und dazu noch im kircheneigenen Gemeindehaus an einem Tisch zusammensitzen. Das erklärte der Münchner Pfarrer Reinhard von Löwenich beim ersten Informationsgespräch zwischen Politikern der bayerischen SPD und Mitgliedern der Evangelischen Kirche. Er sprach vom wachsenden Vertrauen gegenüber der sozialdemokratischen Partei und von einer neuen Aufgeschlossenheit. In dieser Charakterisierung war er einer Meinung mit den aus ganz Bayern zusammengekommenen Theologen, Pfarrern, Dekanen und Mitarbeitern der Evangelischen Kirche in den Bereich der Sozial-, Jugend-, Frauen- und Laienarbeit.

Tatsächlich kann auch die sozialdemokratische Partei mit Genugtuung feststellen, daß die in der Vergangenheit bestehende distanzierte Fremdheit einer hoffnungsvollen Bereitschaft zum Gespräch und zum Miteinander auf vielen gesellschaftspolitisch wichtigen Gebieten Platz gemacht hat. Es zeigen sich immer mehr Berührungspunkte, so z.B. bei den Vorstellungen über die Bemühungen, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. In diesem Bereich sieht die SPD in beiden Kirchen sogar ausgesprochene Bündnispartner. Ähnliches gilt für die Friedens- und Entspannungspolitik sowie auf weiten Strecken für sozialpolitische Fragen.

Der gerade wieder in Ansbach deutlich sichtbar gewordene Wille zur Gemeinsamkeit ermutigt die SPD in ihrem Bestreben, auch mit den praktizierenden Christen eine Koalition der Vernunft auf der Basis der Soziallehre einzugehen. Sie erhofft sich von dem neuen "Gesprächskreis Kirche und SPD", der sich jetzt in Bayern konstituiert hat, wertvolle Impulse für ihre Arbeit in den Parlamenten. Insbesondere erwartet sie, daß diese Institution nicht nur auf Landesebene wirkt, sondern im Laufe der Zeit auch auf örtlicher Basis in Städten und Gemeinden zum nachahmenswerten Beispiel wird.

Die bayerischen Sozialdemokraten sind im übrigen der erste Landesverband im Bundesgebiet, der ein derartiges Forum angeregt hat. In ihm sollen Christen beider Konfessionen die Möglichkeit zum Gespräch mit Vertretern der sozialdemokratischen Partei finden. Das dürfte auch das wesentlichste Merkmal sein, das den Gesprächskreis Kirche und SPD von dem evangelischen Arbeitskreis der CSU unterscheidet.

Die "Einseitigkeit auf der bayerischen Landkarte", wie sich ein Pfarrer in Ansbach ausdrückte, ist mit diesem wichtigen Schritt Vergangenheit.
(-/13.7.1973/bgy/ex)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Not konkret: Die Dürre im Sahel

Von Timbuktu bis Mali, von Agades bis zum Niger, in allen Orten am Südrand der Sahara hat sich die Volkszahl innerhalb weniger Wochen verdoppelt. Eine Völkerwanderung überschwemmt die kargen Wohnsitze eines Volkes, das schon immer zu den Ärmsten der Welt zählte. Notunterkünfte, wahre "Kanisterstädte" aus alten Blechgefäßen, säumen die kümmerlichen Ansiedlungen, die an sich schon am Rande des Existenzminimums vegetierten. Und überall dringt der Sand ein, der schreckliche Sand dieser Dürrezeit, der im ganzen Sahel die Bäume sterben, die Brunnen austrocknen und die Weiden veröden läßt. Seit einem Jahr wird hier kaum noch etwas geerntet, die Vorräte sind restlos verbraucht, das Saatgut ist aufgegessen, Baumwollsaamen und Schrot, sonst dem Vieh vorbehalten, wurden als menschliche Nahrung verbraucht. Das Grundwasser ist praktisch verschwunden, die Brunnen für's Vieh sind endgültig ausgetrocknet.

Seit dem letzten Winter haben alle Experten diese Entwicklung erwartet und die Öffentlichkeit zu alarmieren gesucht. Aber aus vielen Gründen ist viel zu spät Alarm gegeben worden. Es ist einfach nicht ins Bewußtsein der Menschen gedrungen, daß hier auf einem Raume, der halb so groß ist wie ganz Westeuropa, sechs Millionen Menschen in unmittelbarer Lebensgefahr sind. Die afrikanischen Regierungen hatten bis zum letzten Augenblick immer noch gehofft, daß die Katastrophe aufzuhalten sei. Mangel an Organisation, Weltfremdheit in den weiter abgelegenen Gebieten, eine fatalistische Scheu, die eigene Not an die große Glocke zu hängen, ja, ein Nicht-wahr-haben-wollen aller dieser Schwierigkeiten, - dies alles mag zusammengekommen sein. Nicht zuletzt mag auch die Abneigung gegen die arrogant wirkenden Nomaden eine Rolle gespielt haben.

Jetzt kommen jedenfalls Hilferufe aus letzter Not, wenn auch immer noch nicht mit großer Genauigkeit. In Mauretanien schätzt man den Anteil der Unterversorgten auf 75 vH der Bevölkerung, in Obervolta ist die Lebensmittelerzeugung um acht vH zurückgegangen, ebenso in der Republik Niger. In Mali rechnet man mit einem Defizit von mehr als 300 000 Tonnen Nahrungsmitteln. In Senegal wird die Zahl der Betroffenen auf 1 300 000 geschätzt: bei einer Bevölkerungszahl von drei Millionen.

Bei den viehzüchtenden Nomaden ist die Lage deshalb so bedrohlich, weil ihre ganze künftige Existenz auf dem Spiele steht. Man fürchtet, daß 70 vH des Viehbestandes schon eingegangen sind oder an Hunger und Durst oder an Krankheiten zu verenden drohen. Nun sind aber ihre Herden das letzte und einzige Kapital der Nomaden ohne das ihr Leben keinen Sinn mehr hat. Ansässige Bauern wollen und können sie nicht werden. Schon seit Jahren führen sie einen erbitterten Kampf gegen die Wüste, die langsam aber sicher nach Süden vorrückt, die Weideflächen unfruchtbar macht und die Brunnen ausgetrocknet.

Im vergangenen Jahr hat sich in einigen Gebieten am Niger die Regenszeit auf zwei kurze Schauer von je einer halben Stunde ver-

verkürzt, so daß die Vegetation gar nicht erst wieder aufleben konnte; den letzten Bäumen schlugen die Hirten die Zweige ab, um ihr Vieh damit zu füttern. Jeder Baum, der stirbt, macht der Wüste neuen Platz.

Schon im November hatten die Behörden den Nomadenvölkern geraten, nach Süden auszuweichen, und viele sind dieser Aufforderung gefolgt und haben mehr als tausend Kilometer zurückgelegt, um neue Weideplätze zu finden. Aber sie standen bald vor neuen Problemen, besonders vor einer verständlichen Feindseligkeit der ansässigen Bevölkerung, die gegen das Eindringen dieser riesigen Herden protestierte; sie fürchtete, daß ihr nun auch bald das Wasser ausgehen werde. Dazu kam, daß das Vieh aus dem Norden des Landes keine Widerstandsfähigkeit gegen die Krankheiten ihrer Wanderungsgebiete hat. Wenn sie eines Tages in den Norden zurückkehren, werden sie dort neue Seuchen einschleppen. Wegen dieser Schwierigkeiten, die ihnen vertraut sind, hatten jedenfalls die Tuareg gar nicht erst den Marsch nach Süden angetreten.

Nur der schwerfällige Flug der Aasgeier verrät noch die Lage der ausgetrockneten Wasserstellen, an denen, wie im Zeitalter der Entdeckungen, die Gebeine des verendeten Viehs in der Sonne bleichen. Die Herden müssen immer größere Strecken zurücklegen, um vielleicht doch noch Weideplätze zu finden, wo es Wasser gibt, aber im Umkreis von 30 Kilometer kein grüner Strauch mehr zu finden ist. Die erschöpften Tiere verhungern und verdursten oder brechen einfach vor Schwäche zusammen. Die menschliche Phantasie reicht nicht aus, um sich die Szenen vorzustellen, die sich in Wirklichkeit abspielen.

In Kukagana, knapp 200 Kilometer von der Niger-Hauptstadt Niamey entfernt, sind Tausende von Flüchtlingen aus Mali eingeströmt. Alle Brunnen sind längst vertrocknet, nur eine große Wasserstelle besteht noch, um die sich täglich an die 7 000 Stück Vieh drängen. Immer mehr Kadaver sperren den Zugang, die neu hinzukommenden Tiere kommen immer schwerer heran. Ausdünstungen und Fliegenschwärme bilden eine Wolke über dem Ganzen, darüber der glühende Himmel. Zwischen dem Vieh versuchen Frauen und Kinder das Wasser zu erreichen, pressen ihre Leiber durch die Massen des Viehs. Hier und da versuchten die Hirten, eine Kuh oder ein Zebra noch einmal hochzubringen, die zu verenden drohen.

Weiter im Norden ist dieses Stadium des Todeskampfes schon überschritten. Die Besitzer der Herden kampieren auf freiem Feld vor der Stadt und warten. Viele haben alles verloren. Herren der Wüste, heute auf Almosen angewiesen.

In Agades landen seit vier Wochen Flugzeuge aus Europa täglich Hilfssendungen, die gleich an zwanzig Verteilungsstellen in der Stadt und in einem Umkreis von 350 km weitergeleitet werden. Jeden Tag stehen die Frauen Schlange und strecken ihre Karten hin, auf denen die Zustellung für ihre Familie bescheinigt wird: 700 Gramm Hirse und ein Liter Trockenmilch je Person. Jeden Tag herrscht das gleiche unruhige Fragen und Warten, ob das Flugzeug auch kommen wird. Vorräte gibt es nicht. Alle wissen, daß das Flugzeug nicht mehr landen kann, wenn der Regen kommt. Tragische Ironie des Schicksals: Wenn der ersehnte Regen tatsächlich kommt, werden ganze Gebiete von der Außenwelt abgeschlossen werden.